

Arbeitgeber machen ein erstes Angebot

# Nebelkerze oder erster Schritt?



Volker Geyer und Ulrich Silberbach moderieren die BTK Sitzung

In die aktuelle Einkommensrunde ist Bewegung gekommen. Ob das am Freitagmittag von den Arbeitgebern per Mail vorgelegte Angebot nur Bewegung simuliert oder auch tatsächlich einen Fortschritt darstellt, „wird sich erst zeigen, wenn wir uns ab Donnerstag wieder in Potsdam treffen und über dieses Angebot in Verhandlungen eintreten. Denn klar ist auf jeden Fall, dass das Angebot in seiner heutigen Form bei Weitem nicht ausreicht“, so dbb Chef Ulrich Silberbach in einer ersten Bewertung vor der Bundestarifkommission des dbb. „Tarifverhandlungen sind ein Marathonlauf. Einerseits wird der nicht auf den ersten Metern entschieden, andererseits muss man natürlich überhaupt erstmal loslaufen. Vor dieser Erkenntnis haben sich die Arbeitgeber sechs Wochen lang gedrückt. Ob nun das heute vorgelegte Angebot ein erster Schritt in die richtige Richtung ist oder nur eine Nebelkerze, um in der Öffentlichkeit nicht als Verweigerer dazustehen, wird sich nächste Woche zeigen. Wir erkennen positive Details, wir sehen aber auch, was alles fehlt.“



**dbb.de**

dbb aktuell

dbb  
beamtenbund  
und tarifunion

Herausgeber:  
dbb beamtenbund  
und tarifunion  
Friedrichstraße 169  
10117 Berlin

Verantwortlich:  
Volker Geyer  
Fachvorstand Tarifpolitik

Fotos: dbb, Lars Frosina,  
Carsten Stuhr, Thomas  
Rosenthal, Friedhelm  
Windmüller, BPOG,  
dbb mecklenburg-  
vorpommern, GeNI, LBB

# Die Kernelemente des Angebots im Detail

## Lineare Erhöhung und Laufzeit

- Ab 1. März 2021 1,0 Prozent (mindestens 30 Euro).
- Ab 1. März 2022 weitere 1,0 Prozent
- Ab 1. März 2023 weitere 1,5 Prozent

Die Laufzeit beträgt beim Arbeitgeberangebot drei Jahre. Die Laufzeit ist also extrem lang und für die ersten sechs Monate wollen die Arbeitgeber die Entgelttabelle nicht erhöhen. Das wären schlicht Nullmonate. Stattdessen wollen die Arbeitgeber eine Corona-Prämie von 300 Euro zahlen.

## Azubis

Für die Azubis gilt linear das gleiche Angebot wie oben. Das ist meilenweit von der Forderung nach 100 Euro entfernt. Die Übernahmeregelung entspricht den Regelungen der letzten Jahre.

## Gesundheitsbereich

Das Angebot für den Gesundheitsbereich ist widersprüchlich. Beschäftigte der P-Tabelle erhalten eine monatliche Zulage von 50 Euro, allerdings werden die Psychiatriezulagen gestrichen. Die monatliche Intensivzulage im VKA-Bereich wird von 46,02 Euro auf 96 Euro erhöht. Zwar wird auch die Zulage für ständige Wechselschicht erhöht, allerdings muss die Schicht nach Arbeitgebervorstellungen mindestens vier Stunden (statt bisher zwei Stunden) Nachtarbeit umfassen. Gleiches gilt auch für die Zulage bei nicht ständiger Wechselschicht. Zu unserer wichtigen Forderung „Erhöhung des Samstagzuschlags“ gibt es kein Angebot.

Mit einer monatlichen Zulage von 150 Euro für die Fachärztinnen und Fachärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst bleibt der Arbeitgebervorschlag weit hinter unserer Forderung sowie den Anforderungen, die die aktuelle Pandemie deutlich gemacht hat, zurück.

## Ost-West-Angleichung

Die Ost-West-Angleichung würde nach den Vorstellungen der Arbeitgeber weit nach hinten geschoben. Zum 1. Januar 2023 wird die Arbeitszeit auf 39,5 Stunden reduziert und ein Jahr später nochmals um eine halbe Stunde. Bis 2023 würde sich nach Vorstellungen der Arbeitgeber nichts ändern. Dass die Arbeitgeber 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weiterhin auf Zeit spielen, ist nicht zu akzeptieren.

## Verlängerung des TV Covid

Der TV Covid soll nach den Vorstellungen der Arbeitgeber um ein Jahr verlängert werden.

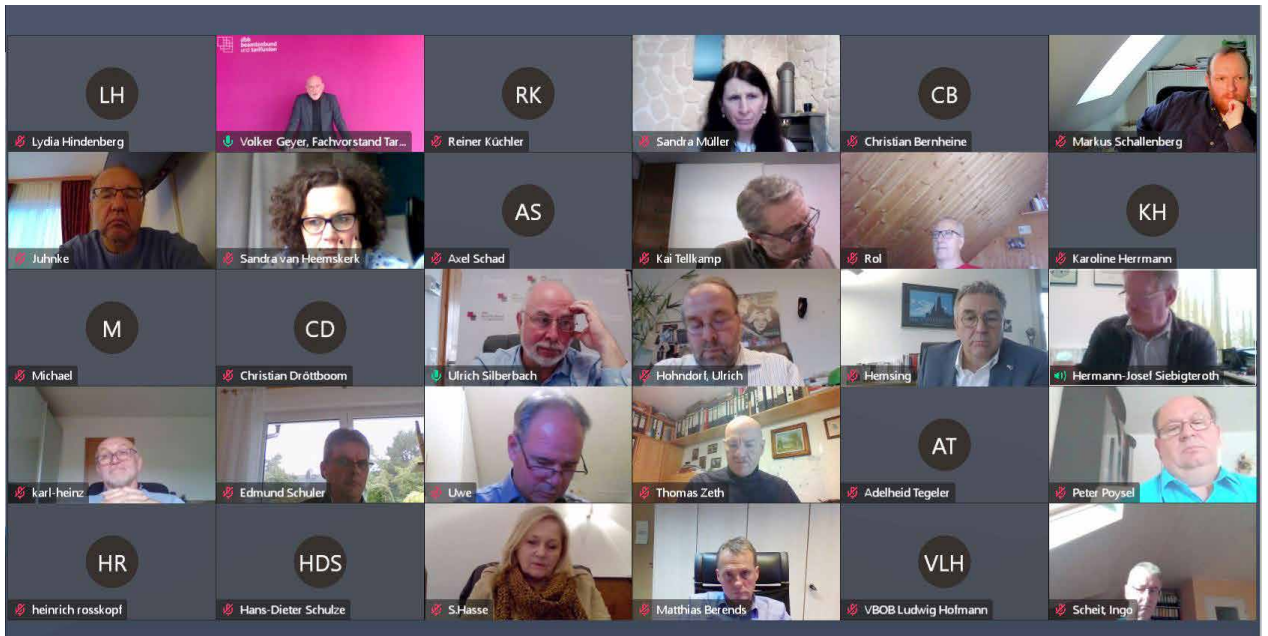
## Arbeitsvorgang

Hier fahren die Arbeitgeber eine ganz harte Linie. Würde ihr Vorschlag Realität werden, hätte das für zahllose Beschäftigte massive negative Konsequenzen für ihre Eingruppierung und ihr Einkommen. Hier ist ein Kompromiss am wenigsten in Sicht.

## Arbeitgeberattraktivität

Dass die Arbeitgeber den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten wollen ist schön, dass sie das mit Geld machen wollen, das den Beschäftigten nach § 18 TVöD ohnehin schon gehört, ist fragwürdig.





Die Verhandlungskommission bewertet das Angebot

## Weitere Themen

Das Angebot umfasst noch weitere Themen, wie zum Beispiel spürbare Einschnitte für den Bereich der Sparkassen. Weitere Themen: der Rettungsdienst und die Flughäfen.

## Kritische Bewertung

„Das Angebot der Arbeitgeber fällt in eine Zeit, in der Corona seinen Griff auf unsere Gesellschaft wieder massiv verstärkt“, analysiert dbb Tarifchef Volker Geyer, „die Krankenhäuser füllen sich, der Ruf nach mehr Personal für die Ordnungsämter wird lauter und in den Kindergärten ist längst mit Wucht deutlich geworden, dass es an ausreichendem Fachpersonal mangelt – nicht nur in Zeiten der Pandemie.“ Geyer sieht in dem Angebot noch längst nicht den entscheidenden Wurf, um die aktuellen Probleme des öffentlichen Dienstes zu lösen: „Jedem Bürger zeigt die aktuelle Situation in unserer Gesellschaft, wie dringend wir einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst brauchen. Nur die Arbeitgeber von Bund und Kommunen sehen das anders. Sie haben in den zurückliegenden Wochen die einmalige Gelegenheit gewittert, den Gewerkschaften einen Billigabschluss aufzuzwingen. Das vorliegende Angebot stellt nur teilweise eine Abkehr von diesem Versuch dar. Denn dem Angebot fehlen wichtige Aspekte. Uns liegt nicht daran, das Angebot in Bausch und Bogen zu verwerfen, aber allein schon sechs Leermonate direkt zu Beginn der Laufzeit relativieren das Angebot schon stark, genauso wie die extrem lange Laufzeit. Mit Blick auf die Azubis wird deutlich, dass sich Bund und Kommunen von einer aktiven Nachwuchsgewinnung scheinbar verabschiedet haben. Viele Punkte, wie zum Beispiel der Bereich der Flughäfen, sind noch offen. Hinzu kommt, dass die Arbeitgeber beim Thema Arbeitsvorgang Forderungen aufrechterhalten, die für viele Beschäftigte dazu führen würden, dass das vorliegende Arbeitgeberangebot ein Verlustgeschäft darstellen würde. Denn diese Arbeitgeberforderung kann sich sehr negativ auf die Eingruppierung der Beschäftigten auswirken.“







## Wie geht es weiter?

Nächste Woche, am 22./23. Oktober 2020, findet in Potsdam die dritte und letzte Verhandlungsrunde statt. Bis dahin werden der dbb und seine Fachgewerkschaften noch einige coronagerechte Warnstreiks durchführen. „Angesichts des nunmehr vorliegenden Angebots besteht kein Anlass zu großem Optimismus für die nächste Verhandlungsrunde“, gibt sich dbb Chef Silberbach skeptisch. „Das Besondere an der aktuellen Situation ist weniger die Pandemie, sondern viel eher der Versuch der Arbeitgeber, ohne echte Verhandlungen und ohne eine substantielle Verbesserung der Einkommensbedingungen davanzukommen.“

Weitere Informationen finden Sie auf unseren Sonderseiten unter:  
[www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)




## Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über [www.dbb.de](http://www.dbb.de), über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



### Bestellung weiterer Informationen

Name\*  
Vorname\*  
Straße\*  
PLZ/Ort\*  
Dienststelle/Betrieb\*  
Beruf

Beschäftigt als\*:  
 Tarifbeschäftigte/r  
 Beamter/Beamtin  
 Rentner/in  
 Azubi, Schüler/in  
 Anwärter/in  
 Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.  
 Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.  
 Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

**Datenschutzhinweis:** Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen\* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.40.81-40, Telefax: 030.40.81-49.99, E-Mail: [post@dbb.de](mailto:post@dbb.de). Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: [datenschutz@dbb.de](mailto:datenschutz@dbb.de). Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: [www.dbb.de/datenschutz](http://www.dbb.de/datenschutz).

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.  
**dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: [tarif@dbb.de](mailto:tarif@dbb.de), Internet: [www.dbb.de](http://www.dbb.de)**